Stand: 06.11.2025 04:53:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18901

"Bericht über die finanzielle Situation der Kinderhospizteams in Bayern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/18901 vom 09.11.2017
- 2. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20372 des GP vom 24.01.2018
- 4. Beschluss des Plenums 17/20641 vom 07.02.2018
- 5. Plenarprotokoll Nr. 123 vom 07.02.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

09.11.2017 **Drucksache** 17/18901

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner, Georg Rosenthal, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Inge Aures, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild und Fraktion (SPD)

Bericht über die finanzielle Situation der Kinderhospizteams in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über die finanzielle Situation der spezialisierten ambulanten Palliativdienste für Kinder und Jugendliche zu berichten. Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- 1. Aus welchen Quellen finanzieren sich die auf Kinder und Jugendliche spezialisierten ambulanten Palliativdienste in Bayern?
- 2. In welchem Verhältnis stehen dabei Einnahmen aus Verträgen mit Krankenkassen gemäß § 132d Abs. 1 des Sozialgesetzbuchs (SGB) Fünftes Buch (V), Spenden und Einnahmen aus anderen Quellen?
- Welcher Anteil der Ausgaben der auf Kinder und Jugendliche spezialisierten ambulanten Palliativdienste lassen sich durch Einnahmen aus Verträgen mit Krankenkassen gemäß § 132d Abs. 1 SGB V decken?
- 4. Bei wie vielen der auf Kinder und Jugendliche spezialisierten ambulanten Palliativdienste in Bayern ist längerfristig eine finanzielle Unterdeckung zu beobachten oder zu befürchten?
- 5. Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, langfristig die finanzielle Stabilität der auf Kinder und Jugendliche spezialisierten ambulanten Palliativdienste in Bayern zu sichern?
- 6. Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über Einleitung und Stand eines Schiedsverfahrens im Falle des spezialisierten ambulanten Palliativdienstes für Kinder und Jugendliche des Malteser Hilfsdienstes e.V. in Würzburg?

Begründung:

spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) dient - in Ergänzung zur allgemeinen ambulanten Palliativversorgung – dem Ziel, die Lebensqualität und die Selbstbestimmung von Palliativpatienten so weit wie möglich zu erhalten, zu fördern und zu verbessern und ihnen ein menschenwürdiges Leben bis zum Tod in ihrer gewohnten Umgebung, in stationären Pflegeeinrichtungen bzw. stationären Hospizen zu ermöglichen. Nur ein Teil aller Sterbenden benötigt diese besondere Versorgungsform. Die SAPV richtet sich an Palliativpatienten und deren soziales Umfeld, wenn die Intensität oder Komplexität der aus dem Krankheitsverlauf resultierenden Probleme den Einsatz eines spezialisierten Palliativteams (Palliative Care Team) notwendig macht - vorübergehend oder dauerhaft. Sie erfolgt im Rahmen einer ausschließlich auf Palliativversorgung ausgerichteten Versorgungsstruktur. Diese beinhaltet insbesondere spezialisierte palliativärztliche und palliativpflegerische Beratung und/oder (Teil-)Versorgung, einschließlich der Koordination von notwendigen Versorgungsleistungen bis hin zu einem umfassenden, individuellen Unterstützungsmanagement. Derzeit gibt es in Bayern rund 50 spezialisierte ambulante Palliativteams; fünf Versorgungsverträge wurden mit Kinderpalliativteams abgeschlossen.

Gemäß § 132d Abs. 1 SGB V schließen die Krankenkassen Verträge mit geeigneten Einrichtungen über die SAPV einschließlich der Vergütung und deren Abrechnung, soweit dies für eine bedarfsgerechte Versorgung notwendig ist. Im Fall der Nichteinigung wird der Vertragsinhalt durch eine von den Vertragspartnern zu bestimmende unabhängige Schiedsperson festgelegt. Einigen sich die Vertragspartner nicht auf eine Schiedsperson, so wird diese von der für die vertragschließende Krankenkasse zuständigen Aufsichtsbehörde bestimmt. Regelungen zu Zulassungsvoraussetzungen, organisatorischen Voraussetzungen, Inhalt und Umfang der Leistungen, personellen Anforderungen und Qualitätssicherung sind in den gemeinsamen Empfehlungen der Spitzenverbände von Krankenkassen und Wohlfahrtsverbänden sowie im Mustervertrag der Krankenkassen enthalten.

Medienberichten ist zu entnehmen, dass das ambulante Kinderpalliativteam der Malteser in Unterfranken am 01.10.2017 seine Arbeit aufgenommen hat, seine Finanzierung durch die Krankenkassen aber nicht gesichert ist. Zwar habe das Team 240.000 Euro als Anschubfinanzierung aus der Aktion "Sternstunden" des Bayerischen Rundfunks erhalten. Das derzeit

vorliegende Vertragsangebot der Krankenkassen würde aber zu einem jährlichen Defizit von 115.000 Euro führen. Die Präsidentin des Landtags, Barbara Stamm, wird dazu mit der Aussage zitiert, dass sie

einfach nur traurig darüber sei, dass für die Krankenkassen immer nur die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund stehe. BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18867 mit 17/18871 sowie 17/18899 mit 17/18902 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Dann habe ich die Ergebnisse der letzten drei namentlichen Abstimmungen. Das erste war die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Dritte Startbahn: Keine Umwandlung in Aktiengesellschaft – kein Wortbruch der Staatsregierung!" auf der Drucksache 17/18865: Mit Ja haben 61 und mit Nein 73 gestimmt, und es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Nun zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring und anderer und Fraktion (BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Keine Umwandlung der Flughafen München GmbH (FMG) in eine Aktiengesellschaft – Keine dritte Startbahn durch die Hintertür" auf der Drucksache 17/18895: 56 Ja-Stimmen, 71 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Endgültige Absage an FMG-Umwandlung in Aktiengesellschaft – keine dritte Startbahn auf Umwegen" auf der Drucksache 17/18896: 55 Ja-Stimmen, 74 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Wir haben jetzt noch den Tagesordnungspunkt 7. Da wurde auf eine Aussprache verzichtet. Der Tagesordnungspunkt 8 wird im Einvernehmen der Fraktionen heute abgesetzt und auf eine der nächsten Sitzungen verschoben. Zu den Tagesordnungspunkten 9 bis 11 haben wir auch nur noch die Abstimmungen.

Ich rufe also den Tagesordnungspunkt 7 auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Radikalisierungsprozess des OEZ-Amokläufers aufarbeiten (Drs. 17/17571)

Wie schon erwähnt, verzichtet die Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN auf eine Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte! – Die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Die Fraktion FREIE WÄHLER und Kollege Felbinger (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 9 bis 11:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Vernünftige Personalplanung für Bayerns Schulen I: Einstellungstermine überdenken und Nachwuchskorridore schaffen! (Drs. 17/17591)

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Vernünftige Personalplanung für Bayerns Schulen II:

Befristungsunwesen für Lehrpersonal beenden! (Drs. 17/17592)

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Vernünftige Personalplanung für Bayerns Schulen III:

Freiwillige Aufstockung des Stundendeputats für Teilzeitlehrkräfte auf unbürokratischem Weg ermöglichen (Drs. 17/17770)

Die Fraktionen sind übereingekommen, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen damit gleich zur Abstimmung. Die Fraktionen haben sich weiter darauf verständigt, über die Voten der federführenden Ausschüsse für Bildung und Kultus sowie für Fragen des öffentlichen Dienstes abzustimmen. Die federführenden Ausschüsse empfehlen, die Anträge abzulehnen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

24.01.2018 Drucksache 17/20372

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Ruth Waldmann u.a. und Fraktion (SPD) Drs. 17/18901

Bericht über die finanzielle Situation der Kinderhospizteams in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: Kathrin Sonnenholzner
Mitberichterstatter: Steffen Vogel

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 73. Sitzung am 28. November 2017 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
- 3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 178. Sitzung am 24. Januar 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner

Vorsitzende



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

07.02.2018 Drucksache 17/20641

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner, Georg Rosenthal, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Inge Aures, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild und Fraktion (SPD)

Drs. 17/18901, 17/20372

Bericht über die finanzielle Situation der Kinderhospizteams in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über die finanzielle Situation der spezialisierten ambulanten Palliativdienste für Kinder und Jugendliche zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- 1. Aus welchen Quellen finanzieren sich die auf Kinder und Jugendliche spezialisierten ambulanten Palliativdienste in Bayern?
- 2. In welchem Verhältnis stehen dabei Einnahmen aus Verträgen mit Krankenkassen gemäß § 132d Abs. 1 des Sozialgesetzbuchs (SGB) Fünftes Buch (V), Spenden und Einnahmen aus anderen Quellen?
- Welcher Anteil der Ausgaben der auf Kinder und Jugendliche spezialisierten ambulanten Palliativdienste lassen sich durch Einnahmen aus Verträgen mit Krankenkassen gemäß § 132d Abs. 1 SGB V decken?
- 4. Bei wie vielen der auf Kinder und Jugendliche spezialisierten ambulanten Palliativdienste in Bayern ist längerfristig eine finanzielle Unterdeckung zu beobachten oder zu befürchten?
- 5. Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, langfristig die finanzielle Stabilität der auf Kinder und Jugendliche spezialisierten ambulanten Palliativdienste in Bayern zu sichern?
- 6. Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über Einleitung und Stand eines Schiedsverfahrens im Falle des spezialisierten ambulanten Palliativdienstes für Kinder und Jugendliche des Malteser Hilfsdienstes e. V. in Würzburg?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 2 mit Ausnahme der gerade eben genannten Nummer 13 der Anlage, über die erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Ablauf der 15 Minuten Wartezeit abzustimmen ist.

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien hat bei der Listennummer 13, Antrag auf Drucksache 17/18357, die Ablehnung empfohlen. Das wollte ich Ihnen nur noch kurz mitteilen, bevor wir zu dieser Abstimmung kommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Dann hat sich das erübrigt. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(A)

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. November 2017 (Vf. 16-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 - des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBI. S. 277, 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBI. S. 362) geändert worden ist,
 - des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBI. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch § 10 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBI. S. 362) geändert worden ist PII/G1310.17-0015 Drs. 17/20543 (G)
 - I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 - II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
 - III.Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	A

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Januar 2018 (Vf. 21-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der § 1 Nr. 1 und § 2 der Verordnung der Stadt Passau über die Sperrung der Marienbrücke an Silvester vom 27. November 2017 (Amtsblatt der Stadt Passau Nr. 33 S. 250) PII/G1310.17-0017

Drs. 17/20546 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. Januar 2018 (Vf. 1-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 14 Abs. 9a des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2010 (GVBI. 2011 S. 258, 404; 2012 S. 18, BayRS 2251-17-S), der zuletzt durch Art. 4 des Neunzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge vom 3. Dezember 2015 (GVBI. 2016 S. 52) geändert worden ist PII/G1310.18-0001 Drs. 17/20542 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.

III.Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Zweiter Senat vom 30. November 2017 (2 BvR 1866/17) betreffend Verfassungsbeschwerde
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 26. Juli 2017
 1 Ws 280/17 –.
 - b) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 7. Juni 2017
 5 Ks 102 Js 1478/15 –,
 - c) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 16. März 2017
 5 Ks 102 Js 1478/15 –
 - mittelbar gegen Art. 6 Abs. 3, 4, 5 und 6 des Gesetzes über den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie der einstweiligen Unterbringung – BayMRVG –

PII/G1320.17-0002

Drs. 17/20545 (G)

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.

III.Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			A

 Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 20. Dezember 2017 (1 BvR 1187/17) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen die §§ 3, 4, 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern (Bürgerund Gemeindebeteiligungsgesetz – BüGembeteilG M-V) vom 18. Mai 2016 (GVOB. 2 M-V S. 258)

PII/G1320.17-0003 Drs. 17/20547 (E)

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		团	Z

Anträge

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Faire Unterkunftsgebühren für Asylbewerberinnen und Asylbewerber Drs. 17/17272, 17/20336 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung II – Förderprogramm für Kitas mit längeren Öffnungszeiten fortsetzen Drs. 17/17308, 17/20337 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Kita-Leitungen entlasten – Mehr Zeit für eine professionelle Führung und Leitung Drs. 17/17309, 17/20338 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

9.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
	Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung I – Zweckentfremdung der
	Bundesmittel nach dem Wegfall des Betreuungsgelds beenden!
	Drs. 17/17310, 17/20339 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Judith Gerlach, Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler u. a. CSU Kriseninterventionsmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen Drs. 17/17661, 17/20340 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Teilzeitausbildung endlich voranbringen I Ausbau der Teilzeitberufsausbildung im öffentlichen Dienst in Bayern Drs. 17/17768, 17/20418 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	团	ENTH	Z

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Dr. Franz Rieger, Karl Freller u. a. CSU

Kein gemeinsamer Euro-Haushalt mit einem europäischen Finanzminister! Drs. 17/17863, 17/20461 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD Sonderprogramm Premiumoffensive Tourismus für kleine Betriebe ab 5 Betten öffnen Drs. 17/18357, 17/20455 (A)

über den Antrag wird gesondert abgestimmt

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. SPD
 Zuschlag bei Lebensarbeitszeitverlängerung bei der Bayerischen Polizei Drs. 17/18365, 17/20419 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD "Platooning für Forschungsoffensive" Drs. 17/18444, 17/20456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	ENTH

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)

Für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern:
Empfehlungen der Sachverständigen ernst nehmen!

Drs. 17/18467, 17/20341 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. und Fraktion (SPD) Weiterbildungsprogramm Digitalisierung Drs. 17/18474, 17/20457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Zukunft unserer Kinder sichern – Familienpolitische Weichen richtig stellen!
 Drs. 17/18486, 17/20342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern Drs. 17/18487, 17/20343 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verlässliche Informationssysteme über Autobahn-Bauvorhaben etablieren Drs. 17/18494, 17/20458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Virtuelles Experimentieren im MINT-Unterricht stärken Drs. 17/18496, 17/20374 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD Beste Qualität für die Jüngsten III – Geregelte Leitungsfreistellung in Kindertageseinrichtungen gesetzlich verankern Drs. 17/18552, 17/20344 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU Für eine familiengerechte Arbeitswelt in Bayern Drs. 17/18580, 17/20345 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	ENTH	ENTH

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Berufsorientierte Bildung stärken: Anerkennungsmöglichkeiten für freiwillige Schülerpraktika schaffen und Bildungsregionen beim Aufbau von Praktikumsdatenbanken unterstützen Drs. 17/18591, 17/20375 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Α

25.	Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD Kohäsions- und Förderungspolitik der EU ab 2020 hier: Bayern – Sachsen / Thüringen – Böhmen Drs. 17/18683, 17/20459 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
26.	Antrag der Abgeordnet Prof. Dr. Michael Piazo Staatliche Bildungsvera Kommunen endlich bei Drs. 17/18713, 17/203	olo u. a. und Fraktion (l antwortung ernst nehn i der Finanzierung städ	FREIE WÄHLER) nen –	sten!	
	Votum des federführen Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
27.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wohnraumkapazitäten und Beratungsangebote für Studierende ausbauen – einen gemeinsamen Hochschulsozialpakt voranbringen Drs. 17/18735, 17/20485 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
28.	Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU Ausreichende Finanzierung für palliativmedizinische Konsildienste gewährleisten Drs. 17/18816, 17/20371 (E)				
	Votum des federführen Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuervermeidung durch Share Deals bei der Grunderwerbsteuer unterbinden
Drs. 17/18867, 17/20499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD) Integration braucht Verlässlichkeit: Geplante Beratungs- und Integrationsrichtlinie (BIR) dringend nachbessern! Drs. 17/18868, 17/20346 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Die Agrarindustrie bei der Verteilung von EU-Zahlungen nicht länger bevorzugen!
Drs. 17/18871, 17/20409 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zeitnahes Monitoring der Energiesituation in Bayern Drs. 17/18890, 17/20460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

Anlage 1
zur 123. Vollsitzung am 7. Februar 2018

33.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Für ein lernfreundliches Klima an Bayerns Grundschulen – Zusatzpersonal für Klassen mit Kindern mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten Drs. 17/18892, 17/20377 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
34.	Antrag der Abgeordnet Dr. Karl Vetter u. a. un Verpflichtendes Endop Drs. 17/18893, 17/203	d Fraktion (FREIE WÄ rothesenregister – Pat	HLER)		
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
35.	Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD Auswertung von Datenträgern durch Private im Rahmen von Ermittlungsverfahren Drs. 17/19008, 17/20383 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
36.	Antrag der Abgeordner Kerstin Celina u. a. und Gleiche Regeln für alle Drs. 17/19080, 17/204	d Fraktion (BÜNDNIS : - auch beim Blutsper	90/DIE GRÜNEN)		
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	Z	

37.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht über die Belastung von Blutproben mit perfluorierten Kohlenwasserstoffen im Landkreis Altötting Drs. 17/19083, 17/20379 (E)			
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z		Z
38.	Antrag der Abgeordne Prof. Dr. Michael Piaze Berufsorientierung stä Schularten fest etablie Drs. 17/19099, 17/203	olo u. a. und Fraktion (rken: Betriebspraktiku ren!	(FREIE WÄHLER)	nden
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Z	ENTH
39.	Antrag der Abgeordne Benno Zierer u. a. und Perfluorierte Tenside i Drs. 17/19202, 17/203	l Fraktion (FREIE WÄl n Blutplasmaproben		
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
40.	Antrag der Abgeordne Klaus Adelt u. a. SPD Giftige Chemie in Trinl Wie werden die Menso Drs. 17/19216, 17/203	kwasser und Blut: chen im Landkreis Altö		ormiert?
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z	Z

Anlage 1
zur 123. Vollsitzung am 7. Februar 2018

41.	Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Ruth Müller, Kathi Petersen u. a. SPI Im Alter länger zuhause leben – kein Verschiebebahnhof in der geriatrischen Reha! Drs. 17/19230, 17/20452 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
42.	Dringlichkeitsantrag de Gudrun Brendel-Fische Nebenerwerbsbetriebe Drs. 17/19243, 17/204	er, Angelika Schorer u e in Bayern weiterhin fo	. a. und Fraktion (CSL))	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
43.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD) Den Zu- und Nebenerwerb bei der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht im Stich lassen Drs. 17/19262, 17/20411 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
44.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Zu- und Nebenerwerb erhalten Drs. 17/19263, 17/20410 (A)				
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	

Anlage 1
zur 123. Vollsitzung am 7. Februar 2018

45.	Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u. a. CSU Weitere Verbesserung der geriatrischen Versorgung in Bayern Drs. 17/19278, 17/20454 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
46.	Antrag der Abgeordne Brexit-Beauftragten für Drs. 17/19297, 17/204	Bayern ernennen!	Annette Karl, Inge Aure	es u.a. SPD
	Votum des federführer Bundes- und Europaai		regionale Beziehunger	1
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	A
47.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Finanzierung der Blutuntersuchungen im Landkreis Altötting sicherstellen! Drs. 17/19754, 17/20305			
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	der empfiehlt, den Ar	ntrag für erledigt zu e	erklären	
48.	Dringlichkeitsantrag de Ruth Waldmann u. a. u Bericht über die finanz Drs. 17/18901, 17/203	und Fraktion (SPD) ielle Situation der Kind	us Rinderspacher, Katl derhospizteams in Baye	
	Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z		Z
		J		u